

## **Staatsanleihen garantieren, Wachstum schaffen –** **Währungsunion stabilisieren!**

### **Beschluss der Parlamentarischen Linken der SPD- Bundestagsfraktion (PL) - Januar 2012**

#### **I.**

Die Krise in der Eurozone setzt sich unvermindert fort. Was als Finanzmarktkrise begann, sich als Schuldenkrise in einzelnen EU-Staaten fortsetzte, ist zu einer Vertrauenskrise geworden, die die Europäische Union in ihrem Kern bedroht. Schon längst geht es nicht mehr um das Schuldenproblem von Ländern an der europäischen Peripherie. Immer mehr Mitgliedsländer geraten in den Fokus spekulativer Attacken der Finanzmärkte, selbst Kernländer der Währungsunion müssen um ihr Spitzenrating bangen.

Die den Krisenländern aufgezwungene harte und einseitige Sparpolitik führt noch tiefer in den Abgrund und europaweit in die Rezession. Es ist zu allererst die deutsche Bundesregierung, die mit ihrem doktrinären Sparwahn, ihrer ideologischen Marktfixierung und ihrem dogmatischen Zentralbankverständnis eine Lösung der Krise verhindert. Es ist höchste Zeit, dass die Finanzjongleure und die Vermögenden ihren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten und die Priorität auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet wird.

Die Geburtsfehler der Währungsunion werden offenbar. Das gesamte institutionelle Gefüge der Europäischen Union steht auf dem Prüfstand. Wir müssen jetzt die Währungsunion weiter entwickeln zu einer echten Finanz-, Währungs- und Wirtschaftsunion. Andernfalls droht Europa Rückabwicklung und Zerfall.

Die mehrheitlich konservativ-liberalen Staats- und Regierungschefs haben gezeigt, dass sie nicht auf der Höhe der Herausforderung sind. Tatsächlich ist ihr Verhalten vor allem scheinheilig. Denn trotz der offiziellen Ablehnung einer Gemeinschaftshaftung übernimmt die Europäische Zentralbank schon längst Verantwortung zur Stabilisierung der Währungsunion. Ohne ihr Eingreifen stünde Europa heute vor dem Ruin. Sie wird auch weiterhin eine zentrale Verantwortung haben.

#### **II.**

Beim offiziellen Krisenmanagement macht sich schon jetzt Ernüchterung breit. Der bisherige Rettungsfonds (EFSF) erweist sich als unzulänglich. Auch die Hebelkonstruktionen können die notwendige Funktion eines Rettungsankers für den gemeinsamen Währungsraum nicht erfüllen. Entscheidend für eine schnelle Lösung ist auch weiterhin die Europäische Zentralbank. Denn nur sie kann Kreditgeber der letzten Instanz sein.

Wir brauchen endlich ein klares Signal an die Märkte, dass Europa sich nicht auseinandertreiben lässt. Es müssen konsistente Schritte unternommen werden, die sowohl eine vernünftige Refinanzierungsfähigkeit der Mitgliedstaaten als auch eine nachhaltige Wachstumsperspektive eröffnen. Der sogenannte „Fiskalpakt“ dient dieser Stabilisierung nicht.

Immer drängender wird daher jetzt die Ergänzung des vorläufigen Rettungsschirms durch den geplanten permanenten Stabilitätsmechanismus (ESM), der deshalb zeitlich so weit wie möglich nach vorn gezogen werden muss. Für die volle Wirksamkeit muß der ESM – wie auch der Euro-Rettungsfonds EFSF – mit einer Banklizenz ausgestattet werden, um sich wie jede andere Geschäftsbank bei der EZB refinanzieren zu können. Dadurch können die Stabilisierungsfonds ihre Kreditkapazität unbegrenzt aufbauen und notfalls unbegrenzt zu günstigen Bedingungen die Staatsanleihen aufkaufen. Spekulieren gegen den ESM oder Staaten wäre dann schlicht sinnlos und die drohende Staatsinsolvenz der Euroländer gebannt. Auf dieser Basis können auch Eurobonds den Markt beruhigen und den zersplitterten Markt für Staatsanleihen vereinen. Ohne die Banklizenz besteht die Gefahr, dass auch die Eurobonds in einer so verfahrenen Situation "fünf vor zwölf" nicht wirken würden.

Das Zinsniveau für Staatsanleihen muss politisch dauerhaft stabilisiert werden. Dann ist das Zinsdiktat der Finanzmärkte gebrochen, das Primat der Politik wieder hergestellt. Die Stabilisierungseinrichtungen können mit der Unterstützung der EZB das Zinsniveau bestimmen und damit die Benchmark für alle anderen Anleger setzen. Spekulationen auf höhere Zinsen sind dann obsolet. Nur so besteht Aussicht, die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen.

### III.

Für eine langfristige Stabilisierung müssen die Länder mit hoher Staatsverschuldung wieder in eine tragfähige Ausgangssituation gebracht werden. Hierfür ist eine Gemeinschaftshaftung in Europa für Altschulden erforderlich. Einen solchen Schuldentilgungspakt hat der Sachverständigenrat vorgeschlagen. Gerade für Länder mit einem sehr hohen Schuldenstand würde dieser Tilgungsfonds Entlastung schaffen, da die Zinsen für die gemeinsam verbürgten Schulden deutlich geringer ausfallen würden als in der derzeitigen Konstellation. Diese Form von Eurobonds müssten von den teilnehmenden Ländern über einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren getilgt werden, was eine vertretbare Gestaltung des Anpassungspfads möglich macht, wenn über eine wirksame Finanzmarkt-, Kapital- und Vermögensbesteuerung eine gerechte Lastenverteilung erfolgt.

Möglich wird eine solche Schuldenbegrenzung aber nur durch ein Europäisches Aufbauprogramm mit dem klaren Vorrang für Investitionen in die Realwirtschaft. Keine Besserung ist für die Krisenländer hingegen von Konjunktur erdrückenden Spardiktate zu erwarten. Nur wenn der Zinssatz dauerhaft unterhalb der langfristigen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts liegt, sind die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Schuldenabbau geschaffen. Ebenso muss die einseitige Fixierung auf den Finanzdienstleistungssektor aufhören. Notwendig ist in Europa eine Reindustrialisierung mit dem Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in den Märkten der Zukunft und eine Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Deshalb sollen die Euroländer ein umfangreiches europäisches Investitionsprogramm auflegen. Dessen Finanzierung soll durch einen europaweiten Beitrag der Vermögenden und Spekulanten erfolgen und durch eine Besteuerung der Finanzmärkte gestützt werden.

Die Leistungsbilanzungleichgewichte müssen abgebaut werden. Für Deutschland als größtes Exportüberschussland heißt das nicht, den Export einzudämmen, sondern die Binnennachfrage nachhaltig zu erhöhen. Durch gesetzlichen Mindestlohn, Lohnerhöhungen und die Stärkung öffentlicher und kommunaler Investitionen kann Deutschland zu einem weiterhin starken Absatzmarkt für die Eurozone werden und seinen eigenen Wohlstand steigern. Nur so können andere Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft finanzieren und Defizite abbauen, ohne den Menschen permanenten Einkommensverzicht zuzumuten und die öffentliche Daseinsvorsorge zu ruinieren. Soziale Mindeststandards bei Löhnen und in den Sozialversicherungssystemen müssen dafür sorgen, dass die drohenden Verarmungs- und Spaltungsprozesse gebremst werden.

#### **IV.**

Den notwendigen Rahmen für diese Strategie bilden:

- eine klare Regulierung der Finanzmärkte mit Eindämmung volkswirtschaftlich schädlicher Geschäfte und Produkte sowie
- die europäische Harmonisierung der Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik,
- verbindliche Regeln der Finanzpolitik und
- der Ausbau demokratischer Rechte und Kontrollen durch das Europaparlament und die nationale Volksvertretungen.

Europa braucht dringender denn je einen Kurswechsel hin zu mehr qualitätsorientiertem Wachstum, mehr Beschäftigung und mehr Stabilität, damit statt Armut und Arbeitslosigkeit Wohlstand für alle in Europa möglich wird.